

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 11. DEZEMBER 2019



## ANTRAG **SPRACHBILDUNG UND -FÖRDERUNG VERBESSERN**

**„Sprache ist der Schlüssel zu Bildung. Kinder sind von Natur aus neugierig und freudige Entdecker ihrer Umwelt. Das beginnt mit Bewegung und dem Entdecken der eigenen Stimme, und spätestens hier sollten alle Eltern wissen, dass jetzt die Förderung ihres Kindes beginnt“, erklärte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Petra Krümpfer, heute in der Bürgerschaft. Leider werde dies nicht von allen Eltern im gleichen Maße wahrgenommen.**

Auf Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft daher heute den Senat aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die vorschulische und schulische Sprachbildung und -förderung zeitnah so neu ausgerichtet werden kann, dass alle Kinder mit entsprechendem Bedarf gezielt gefördert und damit soziale Ungleichheiten verringert werden können.

„Ich stelle immer wieder fest, dass sich die Sprachfähigkeit bei kleinen Kindern – unabhängig von der Muttersprache – nicht altersgerecht entwickelt hat. Ich stelle aber auch fest, dass insbesondere auch Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch, die von ihren Eltern schon frühzeitig gefördert werden



Petra Krümpfer

und von einem entsprechenden Sprachenumfeld umgeben sind, relativ schnell eine weitere Sprache erlernen können. In der Kindertagesbetreuung gehört die alltagsintegrierte Sprachförderung selbstverständlich zum Alltag“, so Krümpfer.

Darüber hinaus gebe es bereits mehrere Programme zur Sprachförderung und Sprachbildung, die unterschiedlich finanziert würden – durch den Bund oder die Kommunen. Beispielhaft nannte die Sozialdemokratin hier etwa die Sprach-Kitas oder das Programm Sprache und Integration. Zudem benannte Krümpfer auch das Konzept der Bücher-Kitas, an dem mehr als 80 Einrichtungen in Bremen teilnehmen, um Kinder an die Lese- und Bücherwelt heranzuführen. Und auch für die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte gebe es regelmäßige und fortlaufende Angebote zur Kompetenzerweiterung.

Daneben müsse der CITO-Sprachtest überprüft und optimiert sowie die Durchgängigkeit der Sprachbildungsangebote von der Kita in die Grundschule weiter ausgebaut werden, erklärte Krümpfer. „Die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen muss besser und verbindlicher werden, um die Sprachkompetenz jedes einzelnen Kindes gezielt zu verbessern. Das ist insbesondere auch ein wichtiges Instrument gegen soziale Ungleichheit und für mehr Bildungsgerechtigkeit.“

„Mit dem jetzt geforderten Konzept sollen nun alle Maßnahmen im Bereich der Sprachbildung und Sprachförderung als Ganzes unter die Lupe genommen und weiterentwickelt werden“, so Krümpfer abschließend.

**> Antrag: Sprachbildung und -förderung in Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln!**  
[bit.ly/sprachbildung-kitas-schulen](http://bit.ly/sprachbildung-kitas-schulen)

## ANTRAG **BESSERE MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR PAPIERLOSE**

**Etwa 4.000 Menschen in Bremen haben keine Papiere und sind nicht registriert. Werden sie krank, haben sie nur einen erschwerten Zugang zu Ärzten oder Fachärzten. Die Bürgerschaft hat heute auf Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, dass sich dies ändern soll. Dazu soll der Senat nun ein Konzept erarbeiten und prüfen, ob eine anonymisierte Gesundheitskarte realisiert werden kann.**

Seit 2009 gibt es in Bremen die Humanitäre Sprechstunde. Sie bietet eine kostenfreie Basisversorgung an und wird auf Wunsch anonym durchgeführt. Menschen ohne Papiere können dort also einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen oder eine Überweisung für eine fachärztliche Behandlung bekommen. Doch, so zeigen es die vergangenen zehn Jahre Praxiserfahrung, gibt es hier nach wie vor Handlungsbedarf, weil nicht in allen fachärztlichen Bereichen die Behandlung flächendeckend sichergestellt werden kann und das jetzige Abrechnungssystem kompliziert und aufwändig ist.

Die rot-grün-rote Koalition fordert den Senat in ihrem heute vom Parlament beschlossenen Antrag daher auf, ein Konzept zu entwickeln, wie die fachärztliche Versorgung von Papierlosen sichergestellt und eine weitgehende Integration in die Regelversorgung gewährleistet werden kann. Dabei soll eine anonymisierte



Ute Reimers-Bruns

Gesundheitskarte vorrangig geprüft werden, mit der Betroffene dann regulär einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen können. Sollte das nicht möglich sein, wäre ein denkbares Modell, dass Papierlose im Rah-



men der humanitären Sprechstunde einen anonymisierten Krankenschein erhalten, der für eine bestimmte Behandlung die Übernahme der Kosten bei grundsätzlich freier Arztwahl ermöglichen würde.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, betonte in der Debatte, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit ein Grundrecht sei, das im Grundgesetz ebenso wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sei. Für die

Sozialdemokratin steht daher fest: „Wir haben die Pflicht, uns um die Gesundheit aller Menschen, die bei uns leben, zu kümmern. Und nicht nur das. Es gehört zu den Werten, für die unser Staat – der einer der reichsten der Welt ist – steht, dass wir hier humanitäre Hilfe leisten.“

> **Antrag: Fachärztliche Versorgung für Papierlose sicherstellen**  
[bit.ly/fachaerzte\\_papierlose](http://bit.ly/fachaerzte_papierlose)

## DEBATTE **PROBLEME ALLEINERZIEHENDER SCHON LANGE IM FOKUS**

Die Bürgerschaft hat heute erneut die Situation von Alleinerziehenden in Bremen diskutiert. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Jasmina Heritani betonte dabei, die rot-grün-rote Koalition habe bereits im September einen Aktionsplan auf den Weg gebracht und sich der unbestrittenen Probleme angenommen. SPD-Wirtschaftspolitiker Volker Stahmann kritisierte die CDU deutlich dafür, dass sie diesem Plan erst zugestimmt und nun eine Aktuelle Stunde ohne Substanz beantragt habe.

„Die schwierige Situation von Alleinerziehenden in Bremen ist uns bekannt, und wir haben darauf reagiert“, erklärte Heritani mit Blick auf den Beschluss im September, mit dem die Bürgerschaft – auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion – den Senat aufgefordert hatte, binnen

sechs Monaten einen Aktionsplan aufzulegen. Darin vorgesehen sind unter anderem Ausbildungsangebote in Teilzeit, verstärkte und spezielle Beratungsangebote oder eine flexiblere Kinderbetreuung. Heritani: „Wir brauchen mehr Angebote, um Alleinerziehenden den Weg in Arbeit zu erleichtern. Neben allen strukturellen Verbesserungen müssen wir aber auch ein



Jasmina Heritani

Volker Stahmann

gesellschaftliches Klima schaffen, das von Respekt und Wertschätzung gegenüber Alleinerziehenden geprägt ist.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, kritisierte in seiner Rede die CDU scharf. Der Beschluss im September sei gut und wichtig gewesen, aber die Koalition habe sich auch vorher schon um dieses Thema gekümmert. Das zeige auch, an wie vielen Stellen die gezielte Förderung von Frauen im Koalitionsvertrag verankert sei. „Sie behaupten, es wird nichts für Frauen getan – und das ist falsch!“, sagte er in Richtung CDU und kritisierte: „Was sie hier heute präsentiert haben, ist nichts als inaktuelle Emotionsrhetorik – und nichts, wo man politisch an irgendeiner Stelle konkret ansetzen könnte.“

## ANTRAG MIKROPLASTIK REDUZIEREN!

18,7 Millionen Tonnen Verpackungsmüll werden in Deutschland jährlich entsorgt, das sind 226 Kilogramm pro Person. To-Go-Verpackungen beim Essen sind einer der Hauptgründe dafür, dass der Verpackungsmüll in Deutschland in den vergangenen Jahren weiter angestiegen ist. „In diesem Bereich ist dringend unser Handeln gefragt. Deswegen fordern wir den Senat auf, ein Leitbild und einen Aktionsplan zu entwickeln“, betonte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, heute in der Bürgerschaft.

Einen entsprechenden Antrag der rot-grünen Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Darin fordert sie den Senat auf, konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von Makro- und Mikroplastik im Land Bremen einzuleiten. So soll unter dem Leitbild „Zero Waste“ ein Aktionsplan entwickelt werden, mit dem unter anderem Repair Cafés, Gebrauchtkaufhäuser, Mehrweg- und Unverpacktangebote gefördert werden sollen. In der öffentlichen Beschaffung soll ab 2020 zudem weitgehend auf Verpackungen und Einwegartikel aus Plastik verzichtet werden. Ebenso soll bei öffentlichen Ver-

anstaltungen wie Volksfesten, Sportveranstaltungen oder Wochenmärkten die Verwendung von Einwegplastik unterbunden und in Gesprächen oder bei dem Abschluss von Pachtverträgen mit gastronomischen Betrieben oder Food-Courts wie der Markthalle 8 darauf hingewirkt werden, auf Einwegplastikgeschirr zu verzichten.

Zudem zielt der Antrag darauf, die Belastung durch Mikroplastik in Kosmetika oder Textilien zu reduzieren. „Es ist kaum erforscht, was Mikroplastik für gesundheitliche Auswirkungen hat. Nun gibt es Erkenntnisse des Alfred-Wegener-Instituts, dass sich Mikroplastik auch über die Luft verbreitet, die wir einatmen und als Nanopartikel von der Haut aufgenommen werden können“, so Arno Gottschalk. „Wir müssen daher die Forschung in diesem Bereich fördern, um Gefahren konkret einschätzen zu können.“

Doch sieht der Antrag noch weitere Maßnahmen vor. Gottschalk: „Damit möglichst wenig Mikroplastik in unsere Umwelt gelangt, sprechen wir uns für eine ganze Bandbreite von Maßnahmen



Arno Gottschalk

aus.“ So sollen Kunstrasenplätze laut Antrag besser gesichert werden. Durch Wasserfilter soll vermieden werden, dass das Mikroplastik in das Abwasser gelangt, und aus diesem Grund soll das Für und Wider einer

vierten Reinigungsstufe der Kläranlagen in Bremen geprüft werden. Im Bereich der Straßen soll schließlich auf plastikhaltige Beläge und Fahrbahnmarkierungen verzichtet sowie untersucht werden, ob durch eine Erhöhung der Reinigungsintervalle der Straßenreinigung die Menge an Mikroplastik und Feinstaub reduziert werden kann, die in die Gewässer gelangt. Dabei sollen Erfahrungen aus Hamburg mit einbezogen werden.

> **Antrag: Mikroplastikbelastungen von Umwelt und Natur deutlich reduzieren**  
[bit.ly/mikroplastik\\_hb](http://bit.ly/mikroplastik_hb)

## ANTRAG ENGAGEMENT DER ZIVILGESELLSCHAFT FÖRDERN

Die Bürgerschaft hat sich heute auf Antrag der rot-grünen Koalition dafür ausgesprochen, das Gemeinnützigkeitsrecht zu erweitern. Hintergrund waren die Entscheidungen, attac, Campact und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), die Gemeinnützigkeit zu entziehen, wodurch sie steuerliche Vorteile verlieren und Spenden an sie nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden können.

„Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von attac und Campact hat breites Unverständnis, die der VVN-BdA sogar große Empörung in der Öffentlichkeit ausgelöst“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, heute in seiner Rede in der Bürgerschaft. Er betonte

aber auch, dass diese Entscheidungen unterschiedliche Gründe gehabt hätten. So sei der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen worden, da sie in Bayern im Bericht des Verfassungsschutzes wegen möglicher Verbindungen in die linksextreme Szene aufgetaucht sei. In der Abgabenordnung sei dann der entsprechende Entzug automatisch vorgesehen. „Hier sollte es eine Änderung geben“, sagte Gottschalk. „Taucht ein Verein im Bremer Verfassungsschutzbericht auf, gibt es wenig Anlass, etwas zu ändern. Den Automatismus, dass die Erwähnung in einem anderen Bundesland reicht, sollten wir aber überprüfen.“

Richtig sei es auch, den Begriff der Gemeinnützigkeit breiter zu fassen. „Die

Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Teil unserer Demokratie. Deswegen müssen wir sie nach Kräften unterstützen“, so Gottschalk. „Natürlich dürfen wir nicht mit zu großer Herzlichkeit die Türen aufmachen, die dann am Ende von denen genutzt werden können, die unsere Gesellschaft tatsächlich bedrohen. Aber es muss uns gelingen, die Rahmenbedingungen für selbstloses, gesellschaftliches Engagement zu schaffen. Und dazu ist die von uns vorgeschlagene Änderung gut geeignet.“

> **Antrag: Zivilgesellschaftliches Engagement fördern: Gemeinnützigkeitsrecht modernisieren und erweitern**  
[bit.ly/gemeinnuetzigkeit](http://bit.ly/gemeinnuetzigkeit)

## ANTRAG MEHR OBDACHLOSE SOLLEN WÄHLEN GEHEN

Obdachlose sollen mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen, der den Senat zu diesem Zweck auffordert, die Zusammenarbeit mit Trägern der Obdachlosenhilfe aufrecht zu erhalten, vor der nächsten Bundestagswahl unter Einbeziehung bestehender Konzepte eine Informationskampagne zu planen sowie die Einrichtung eines Wahllokals in einem Treffpunkt für Obdachlose zu prüfen oder dort die Möglichkeit zur Briefwahl anzubieten.

„Bei der vergangenen Wahl ist die Beteiligung gestiegen, aber wir wissen, dass seit Jahren Menschen mit wenig Geld seltener zu Wahl gehen – und bei denjenigen, die keine Wohnung haben, ist der Anteil noch einmal geringer“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion,



Kevin Lenkeit

Kevin Lenkeit, in seiner Rede. „Wir begrüßen daher die seit 2015 bestehenden Angebote und wollen sie institutionalisieren.“ Lenkeit abschließend: „Zuletzt hat die Wahl in Thüringen gezeigt, dass auch wenige Stimmen etwas ausmachen. 73 Stimmen haben dort über Arbeit im Parlament oder außerparlamentarische Opposition entschieden. Das zeigt nur noch einmal: Jede Stimme zählt und ist wichtig!“

> **Antrag: Das Wahlrecht für Obdachlose stärken!**  
[bit.ly/wahlrecht\\_obdachlose](http://bit.ly/wahlrecht_obdachlose)